

# Newsletter aus Brüssel

20.12.2016, Ausgabe 20  
IG Metall Verbindungsbüro



## Inhalt

- Umweltausschuss stimmt für Weiterentwicklung des europäischen Emissionshandelssystems
- EU-Winterpaket: Halbherzige Vorschläge zur Energiewende
- Europapolitischer Tag der IG Metall: Große Herausforderungen für Europa
- Offensiv und transparent – Neue Abgasnormen als Chance

---

## Umweltausschuss stimmt für Weiterentwicklung des europäischen Emissionshandelssystems

**Die Mitglieder des Umweltausschusses im Europäischen Parlament haben am 15. Dezember 2016 mit überwältigender Mehrheit für einen Kompromiss zur Weiterentwicklung des Europäischen Emissionsrechtehandels gestimmt. Die aktuelle Handelsperiode läuft 2020 aus.**

Der Emissionshandel gilt als das wichtigste Instrument der EU zur Verringerung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes. Im Handelssystem müssen Unternehmen für jede Tonne CO<sub>2</sub>, die sie ausstoßen, Zertifikate vorlegen. Diese Zertifikate müssen grundsätzlich ersteigert werden. Um die Industrie im globalen Wettbewerb jedoch nicht unverhältnismäßig zu belasten und den niedrigeren weltweiten Standards Rechnung zu tragen, hatte die EU eine kostenlose Zuteilung eingeführt. Dieser Anteil der freien Zuteilung gegenüber dem Versteigerungsanteil sollte nun auf 43 Prozent begrenzt werden. Der Umweltausschuss sprach sich demgegenüber dafür aus, den Anteil der freien Zuteilung bei Bedarf auf bis zu 48 Prozent der insgesamt 15 Milliarden Emissionsrechte steigen zu lassen. Damit schließt sich der Umweltausschuss in diesem Punkt nicht nur der Stellungnahme des Industrieausschusses an, sondern folgt damit der IG Metall in wesentlichen Punkten: Der Versteigerungsanteil muss deutlich abgesenkt werden, um eine ausreichende Ausstattung mit freien Zertifikaten sicher zu stellen. Eine Minderzuteilung in bestimmten Branchen, insbesondere der Stahlindustrie, muss auf alle Fälle verhindert werden. Generell ist klar, dass Vorschriften zur Absenkung von Emissionsgrenzwerten nur Sinn machen, wenn physikalisch-technologisch auch eine Absenkung erreicht werden kann. Dies gilt umso mehr als nach Vorstellungen der Abgeordneten die Gesamtmenge der Emissionsrechte jährlich um 2,4 Prozent statt 2,2 Prozent wie von der Kommission vorgeschlagen

verringert werden soll.

Auf Drängen der Sozialdemokraten wurde der von den Gewerkschaften, maßgeblich des europäischen Dachverbandes der IG Metall "industriAll Europe", eingebrachte "Fonds zum gerechten Übergang" verankert. Mithilfe von Mitteln aus dem Emissionshandel sollen negative Folgen des Strukturwandels für die Beschäftigten aufgefangen werden.

Bislang galt das System für Stromerzeuger und Industrie. Die Zementindustrie soll nun zukünftig von der kostenlosen Zuteilung ausgenommen werden. Flugverkehr und Schifffahrt sollen stärker als bisher bzw. überhaupt in den Emissionshandel integriert werden. Die Abstimmung im Umweltausschuss ist nur ein weiterer Schritt auf dem Weg zur Reform. Gefragt sind im nächsten Jahr das Plenum des Europäischen Parlaments sowie die Mitgliedstaaten. Letztere haben sich noch nicht auf eine Position einigen können. Die IG Metall hat sich vor Ort in Brüssel im laufenden Gesetzgebungsprozess offensiv für die Interessen der Beschäftigten eingesetzt und wird dies auch weiterhin tun.

---

## **EU-Winterpaket: Halbherzige Vorschläge zur Energiewende**

**Unter dem Titel "Saubere Energie für Europäer" hat die EU-Kommission am 13. Dezember 2016 ein neues Gesetzespaket im Rahmen der Energieunion vorgeschlagen. Der IG Metall gehen die Maßnahmen nicht weit genug.**

Das sogenannte Winterpaket der EU-Kommission enthält verschiedene Legislativvorschläge zur Gestaltung der europäischen Energiewende. Als oberste Priorität soll die Energieeffizienz auf 30% gesteigert werden. Auf dem Europäischen Rat von 2014 war noch ein Ziel von 27% festgelegt worden. Die EU will damit ihre weltweite Führungsrolle im Bereich der erneuerbaren Energien untermauern. Die Wettbewerbsfähigkeit der EU soll im Zuge dieser strukturellen Veränderungen erhalten bleiben. Der Vizepräsident für die Energieunion, Maroš Šefcovic, sagte, mit dem vorgestellten Paket solle "der Übergang zu sauberer Energie bei gleichzeitiger Modernisierung der Wirtschaft unterstützt werden. Europa hat in den letzten Jahren die globale Klimapolitik angeführt und wird auch jetzt durch die Schaffung der Voraussetzungen für nachhaltige Arbeitsplätze, Wachstum und Investitionen mit gutem Beispiel vorangehen."

Die IG Metall begrüßte die generelle Ausrichtung der Kommissionsvorschläge. Die Ziele und Maßnahmen des Pakets gehen aber nicht weit genug, erklärte Wolfgang Lemb, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall und zuständig für Energiepolitik. "Wir brauchen auf europäischer Ebene ein ambitionierteres Energieeffizienzziel und eine eindeutige Verpflichtung aller EU-Mitgliedstaaten, dieses umzusetzen. Das spart nicht nur Stromkosten in der Industrie und für die Bürgerinnen und Bürger, sondern liefert stärkere Anreize für Innovation und Investitionen und nicht zuletzt auch zur Schaffung von Arbeitsplätzen."

• [Weitere Informationen](#)

---

# Europapolitischer Tag der IG Metall: Große Herausforderungen für Europa

**Am 30. November 2016 fand der Europapolitische Tag der IG Metall in Berlin statt. Auf der Konferenz ging es um die Folgen des Brexit aus Sicht der Gewerkschaften sowie um die Chancen und Risiken der europäischen Energiewende für die Industrie und ihre Beschäftigten.**

Europa steht vor großen Herausforderungen. Die soziale Ungleichheit hat sich verschärft, das Vertrauen der Menschen in die europäischen Institutionen ist geschwächt und populistische Bewegungen überall in Europa profitieren von der zunehmenden Unzufriedenheit der Menschen. Zum ersten Mal in der Geschichte der EU wird mit Großbritannien eines der wirtschaftlich wichtigsten Mitglieder ausscheiden. In seiner Eröffnungsrede zum Europapolitischen Tag 2016 sagte Wolfgang Lemb, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall und zuständig für Europapolitik, das Brexit-Referendum sei jedoch nicht allein Ausdruck einer Existenzkrise der EU, sondern deute auch auf eine strukturelle politische und soziale Krise hin. Der Vertreter der britischen Gewerkschaft Unite, Ian Waddell, bestätigte diese Analyse. Er betonte, dass De-Industrialisierung, Abbau von Jobs in der Produktion, Kürzungen bei Sozialleistungen und im Gesundheitssystem die soziale Kluft im Land sowie die Unsicherheit der Menschen vergrößert hätten. Diese soziale Schieflage war der Nährboden für Populisten und die "Leave"-Kampagne. An der anschließenden Podiumsdiskussion nahmen neben Waddell zwei Mitglieder des Deutschen Bundestages (Michael Stübgen, CDU/CSU und Claudia Tausend, SPD), der Wissenschaftler und Publizist Dr. Michael Dauderstädt und der IG Metalller Olivier Höbel, Bezirksleiter Berlin-Brandenburg-Sachsen, teil. Olivier Höbel forderte, dass vor allem von Seiten der Politik viel unternommen werden müsse, um Europa sozialer zu gestalten. Er betonte aber auch, dass angesichts der Errungenschaften des Binnenmarktes und grenzüberschreitender Wertschöpfungsketten ein Ausstieg aus der EU keine Alternative darstellt.

Eine weitere große Herausforderung Europas, die auf der Konferenz diskutiert wurde, ist die zukünftige Klimapolitik. Die EU hat sich klar zu den UN-Klimazielen bekannt, und will nun u.a. Dekarbonisierung und Elektro-Mobilität vorantreiben. Aus diesen strukturellen Veränderungen ergeben sich Chancen sowie Risiken für die Industrie und ihre Beschäftigten. Thomas Fricke, Chefökonom der European Climate Foundation, sprach sich für einen "Green New Deal" in Europa aus, das heißt, für eine ökologische Wende der Wirtschafts- und Industriepolitik, die die beschäftigungspolitischen und wirtschaftlichen Potenziale der Klimapolitik fokussiert. Fricke's Ansatz wurde in einer anschließenden Gesprächsrunde diskutiert. Teilnehmende der Runde waren neben Thomas Fricke die grüne Politikerin Annalena Baerbock (MdB), Dr. Karsten Sach, Bundesumweltministerium, Ernst Schumacher, Gesamtbetriebsratsvorsitzender der Hydro Aluminium Rolled Products GmbH, sowie das geschäftsführende Vorstandsmitglied der IG Metall Wolfgang Lemb. Im Prozess des Strukturwandels der Industrie müssten die Beschäftigten in den Betrieben mitgenommen werden, so Lemb. Das gelte besonders für Beschäftigte in der Automobilindustrie, der Stahlindustrie, aber auch im Maschinenbau. Die Akzeptanz der Menschen für den industriellen Strukturwandel sei nur dann herzustellen, wenn es verlässliche Perspektiven für die Beschäftigten gäbe, so Lemb. Dies erfordere eine industriepolitische Steuerung und eine arbeitsmarktpolitische Begleitung des Strukturwandels.

## Offensiv und transparent – Neue Abgasnormen als Chance

Am 9. November 2016 lud die IG Metall in Brüssel ein zu einer Diskussionsveranstaltung über emissionsarme Mobilität. Jörg Hofmann, 1. Vorsitzender der IG Metall stellte den 5-Punkte-Vorschlag der IG Metall für eine innovative und klimafreundliche Automobilindustrie der Zukunft vor.

Emissionsarme Mobilität und Dekarbonisierung des Verkehrs sind die großen Herausforderungen der Automobilindustrie der Zukunft. Auf der Veranstaltung der IG Metall "Emissionsarme Mobilität: Offensiv und transparent – Neue Abgasnormen als Chance" ging es um mögliche Risiken und vor allem um die Chancen der Klimapolitik im Verkehrssektor für die Branche und ihre Beschäftigten. Es diskutierten Jörg Hofmann, 1. Vorsitzender der IG Metall, Alexandre Paquot, Leiter des Referates Straßenverkehr in der EU-Kommission, Greg Archer, Direktor "Clean Vehicles" der europäischen Umweltorganisation Transport&Environment, Dr. Rolf Bulander, Vorsitzender der Abteilung "Mobility Solutions" bei der Robert Bosch GmbH und Wolfgang Nieke, Vorsitzender des Betriebsrates Mercedes-Benz Werk Untertürkheim. Jörg Hofmann sprach sich in seiner Eröffnungsrede für eine Stärkung der "grünen Mobilität" in Europa aus. Der europäische Automobilstandort – insbesondere Deutschland – verfügt über eine hohe Innovationskraft, so Hofmann. Dies bietet die Chance für Europa, "Schaufenster für die besten Umwelttechnologien im Automobilsektor" zu werden und dadurch für sichere Arbeitsplätze an den Produktionsstandorten zu sorgen. Alternativen Antrieben könnte dabei eine Schlüssel-funktion für den Strukturwandel zukommen. Hofmann stellte den 5-Punkte-Vorschlag der IG Metall für eine innovative und klimafreundliche Automobilindustrie der Zukunft vor: Die EU sollte strengere Abgasgrenzwerte nur unter der Beteiligung der Gewerkschaften und nach einer Folgenabschätzung zu den Risiken für die Beschäftigten festlegen; Hersteller könnten sich verpflichten, ab 2018 in allen Segmenten auch Elektroautos oder entsprechende alternative Antriebe anzubieten; Zwischen 2020 und 2030 müsste der CO<sub>2</sub>-Ausstoß von Pkw pro Jahr um 1,5% sinken; Dieselantriebe sollten als Überbrückungstechnologie erhalten aber sauberer werden; Nicht zuletzt sollten die Messverfahren zur Einhaltung der Abgasgrenzwerte transparent und fair sein.

Die Automobil- und Zulieferindustrie hat für die IG Metall aufgrund der hohen Beschäftigungszahl und der tarifpolitischen Durchsetzungskraft eine überragende Bedeutung. Die IG Metall wird sich daher auch weiterhin für die Zukunftsfähigkeit dieser Schlüsselbranche einsetzen.

- [Positionspapier der IG Metall: Neue Abgasnormen als Chance nutzen](#)

---

Herausgeber: IG Metall Vorstand  
V.i.S.d.P.: Wolfgang Lemb  
Verbindungsbüro Brüssel *EU Liaison Office*  
International Trade Union House, Boulevard du Roi Albert II, 5, B-1210 Brussels  
Tel: +32 2 218 33-20 E-Mail: [newsletter-bruessel@igmetall.de](mailto:newsletter-bruessel@igmetall.de)



[Newsletter bestellen](#) [Newsletter abbestellen](#)

IG Metall Vorstand